

Einfärbung Radweg

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, SPÖ Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Magistratsdienststellen MA 46 u.a. zu beauftragen, den Radweg entlang der Linken Wienzeile auf Höhe Stiegengasse bzw. ONr. 42 wieder farblich vom Gehweg abzugrenzen.

Begründung

Durch eine sehr hohe Fußgänger*innenfrequenz in Richtung U4-Station Kettenbrückengasse kommt es zu gefährlichen Situationen beim Queren des Radwegs. Durch bauliche Maßnahmen wurde ein Teil der Einfärbung des Radwegs entfernt und nicht wiederhergestellt. Durch das Einfärben und das Anbringen von Piktogrammen kann eine bessere Unterscheidung zwischen Radweg und Gehweg hergestellt und diese Gefahrenstelle teilweise entschärft werden.

Anhang



Foto: Luftaufnahme der gegenständlichen Stelle

Roland Gombotz

Benennung des Wiental-Stegs in „Amalie-Seidel-Steg“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Dienststelle der Stadt Wien die MA 7 zu ersuchen, den bislang namenlosen Wiental-Steg, der die Bezirke Mariahilf und Margareten verbindet, in „Amalie-Seidel-Steg“ zu benennen.

Begründung

Der Wiental-Steg wurde 2015 im Zuge der Errichtung der Wientalerrasse beim Rosa-Janku-Park errichtet und verbindet die Bezirke Mariahilf und Margareten als barrierefreier Fußgängersteg über den Wienfluss. Trotz wiederholter Diskussionen blieb der Steg bislang ohne Namen.

Amalie Seidel (1876–1952) war eine bedeutende sozialdemokratische Politikerin und Frauenrechtlerin, die sich zeitlebens für soziale Gerechtigkeit, Jugendfürsorge und die Rechte von Arbeiterinnen einsetzte. Sie organisierte den ersten Frauenstreik Österreichs („Streik der 700“) und war von 1919 bis 1923 Gemeinderätin in Wien und von 1919 bis 1934 Abgeordnete zum Nationalrat. Ihr Wirken ist eng mit dem Bezirk Mariahilf und dem Bezirk Margareten verbunden, unter anderem durch ihre Tätigkeit in der Gumpendorfer Appreturfabrik und im Arbeiterbildungsverein, als auch als Vorsitzende des Frauenbezirkskomitees von Margareten.

Die Benennung des Stegs nach Amalie Seidel stellt eine würdige Erinnerung an eine Pionierin der österreichischen Frauenbewegung dar und entspricht dem Ziel, Verkehrsflächen in Mariahilf verstärkt nach verdienten Frauen zu benennen.

Anbringung Gedenktafel „Bruno Kreisky“ an der Astrid-Lindgren-Schule

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf und der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Dienststelle der Stadt Wien, die MA 7 zu ersuchen, in Zusammenarbeit mit der Kulturkommission, die Anbringung einer Gedenktafel an der Astrid-Lindgren-Volksschule in der Sonnenuhrgasse zu veranlassen, die darauf hinweist, dass Bruno Kreisky – ehemaliger Bundeskanzler der Republik Österreich – diese Schule besucht hat.

Begründung

Bruno Kreisky (1911–1990) zählt zu den bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der Zweiten Republik. Als langjähriger Bundeskanzler prägte er die österreichische Innen- und Außenpolitik maßgeblich und setzte sich für soziale Reformen, Bildungsgerechtigkeit und internationale Vermittlung ein.

Im Bildungsbereich zählen die kostenlosen Schulbücher, freie Schulfahrten, Abschaffung der AHS-Aufnahmeprüfungen, der Ausbau der Schulbeihilfen, die Forcierung von Schulneubauten, die Demokratisierung des Bildungssektors zu Errungenschaften, die heute noch gelten und den chancengleichen Zugang für alle Kinder zum Bildungssystem ermöglichen.

Sein Schulbesuch in der heutigen Astrid-Lindgren-Schule stellt eine historische Verbindung zwischen dem Bezirk Mariahilf und dem politischen Erbe Österreichs dar. Eine Gedenktafel an diesem Ort würde nicht nur zur Würdigung seiner Person beitragen, sondern auch das historische Bewusstsein der Schüler*innen und der Bevölkerung stärken.

Die Zuweisung zur Kulturkommission unter etwaiger Einbeziehung der Expertise der Direktorin der Volksschule, bzw. des Direktors des Bezirksmuseums Mariahilf, ermöglicht eine fachlich fundierte Ausarbeitung der Gestaltung und Umsetzung der Gedenktafel.

Überprüfung Ausnahmeregelung für Rad- und Scooterfahrer*innen in der Fußgänger*innenzone Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Dienststelle der Stadt Wien, die MA 46 zu ersuchen, die Überprüfung der derzeit geltenden Ausnahmeregelung für Rad- und Scooterfahrer*innen in der Fußgänger*innenzone der Mariahilfer Straße zu veranlassen, sowie auch in der Begegnungszone für mehr Verkehrssicherheit betreffend des Rad- und Scooterverkehrs Sorge zu tragen.

Begründung

Die Mariahilfer Straße ist seit rund 10 Jahren neugestaltet und wird von den Besucher*innen und der Bevölkerung gut genutzt. In ihren Abschnitten (Begegnungszonen und Fußgänger*innenzone) kommt es jedoch vermehrt zu gefährlichen Situationen besonders mit verkehrsschwachen Personengruppen. Im Speziellen wird der Radverkehr und der Scooterverkehr immer wieder als Gefahrenquelle genannt, die manche Nutzer*innengruppen bzgl. Geschwindigkeit und Fahrverhalten verunsichern.

In einer Begegnungszone ist das Fahren mit dem Fahrrad mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h erlaubt. In einer Fußgänger*innenzone ist jeglicher Fahrzeugverkehr, bis auf festgesetzte Sonderregelungen (z.B. Fahrzeuge des Straßendienst, Müllabfuhr, Polizei und Feuerwehr in Ausübung des Dienstes,...) verboten. In der betreffenden Fußgänger*innenzone ist mittels Zusatztafel „ausgenommen Radfahren“ dort auch das Radfahren gestattet, wobei in einer Fußgängerzone für sämtlichen Fahrzeug als Höchstgeschwindigkeit 4-5km/h (also Schrittgeschwindigkeit) gilt. Die bisherigen Maßnahmen zur Einhaltung beider Regelungen haben nicht bzw. nicht nachhaltig gegriffen und sind bislang nicht durchsetzbar gewesen.

Insbesondere die zu überprüfende derzeit geltende Ausnahmeregelung betreffend, gibt es mittlerweile verkehrssichere geeignete Alternativrouten sowohl in Mariahilf als auch in Neubau. Zudem ist die künftige Entwicklung z.B. mit umliegenden „Radstraßen“ und etwaiger Abänderungen der Verkehrsflüsse, der U-Bahn-Ausbau mit einer die bisher sehr hohe Fußgänger*innenfrequenz noch steigender Auswirkung, zu berücksichtigen. Die Mariahilfer Straße mit Ihren Begegnungszonen und der Fußgänger*innenzone muss Platz und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen bieten.

Sanierung des Sportplatzes im Alfred-Grünwald-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Grünen Alternative Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 23 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 51 etc) zu ersuchen zu prüfen,

- welche Sanierungsmaßnahmen im Bereich des Sportplatzes im Alfred-Grünwald-Park möglich sind sowie
- ob und wie auf diesem Sportplatz allenfalls ein Streetart-Projekt umgesetzt werden kann

und der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung der Bezirksvertretung zeitnah entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Begründung

Der Alfred-Grünwald-Park ist ob seiner zentralen Lage, Größe und hohem Anteil an Grünflächen neben dem Esterházy-Park der wichtigste Park in Mariahilf und eines der Prunkstücke des Bezirks. Gerade deshalb ist es umso enttäuschender, konstatieren zu müssen, dass der im Park befindliche Sportplatz deutlich in die Jahre gekommen und durch Beschmierungen stark verunstaltet ist, was die Nutzbarkeit und Attraktivität des Sportplatzes beeinträchtigt, diesen Bereich des Parks in ein negatives Licht rückt und somit im Endeffekt dem Gesamtbild des Parks schadet.

Gleichzeitig bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass die Corona-Krise und die daraus resultierenden (physischen und psychischen) Folgen für unsere Jugend gezeigt haben, wie wichtig es ist, Parks und Sportstätten in Mariahilf zu haben und auch auf gutem Standard aufrecht zu erhalten, damit diese von unseren Jugendlichen regelmäßig genutzt werden können.

Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, Maßnahmen zu setzen, um den Sportplatz im Alfred-Grünwald-Park zu attraktivieren und dessen Nutzbarkeit für die Jugend in Mariahilf zu erhöhen. Hier wäre es insbesondere wünschenswert, Vorschläge unterbreitet zu bekommen, ob und wie der Sportplatz saniert und in seiner Nutzbarkeit auf einen adäquaten Standard gebracht werden kann. Dies kann durch Erneuerung der Tore/Basketballkörbe inkl. Legung von Gummibelag (vgl. hierzu im Anhang bereits die im August 2025 initiierte Umsetzung beim Basketballplatz Gaudenzdorfer Gürtel/Margaretengürtel, Wienflußeinwölbung/Margaretengürtel 503, 1050 Wien) und/oder durch Attraktivierung im Rahmen eines Streetart-Projekts erfolgen (vgl. hierzu im Anhang internationale Beispiele).

Anhang

Sportplatz Ansicht 1



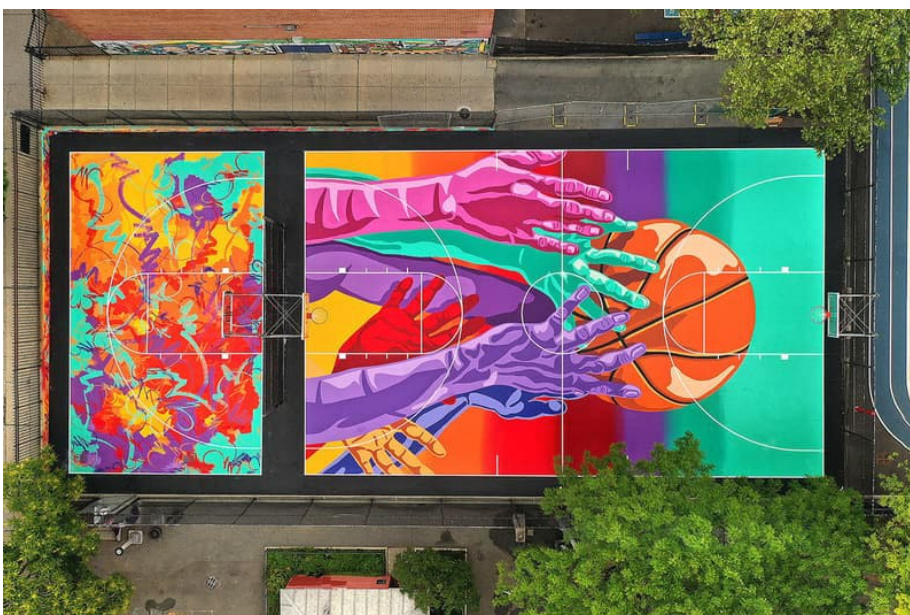
Sportplatz Ansicht 2



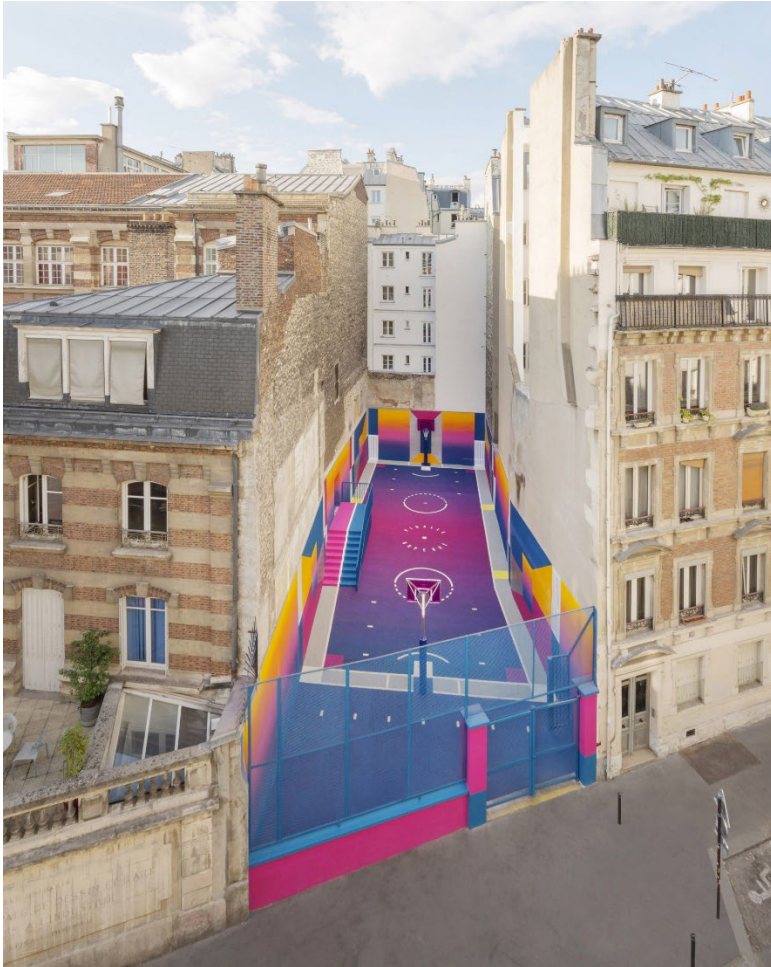
Basketballplatz Gaudenzdorfer Gürtel/Margaretengürtel, Wienflußeinwölbung/Margaretengürtel
503, 1050 Wien (Umsetzungsstand: August 2025)



Basketballplatz Brooklyn NYC (vgl <https://hypebeast.com/2019/6/madsteez-nba-park-slope-basketball-court-brooklyn-mural>)



Basketballplatz Paris 9^{ème} (vgl. <https://www.arch2o.com/multicolored-basketball-court-brightens-urban-paris>)



Jan LIEWEHR

Elisabeth KATTINGER

Ewa KIRCHDORFER-MURCZKIEWICZ

Grünfläche Webgasse / Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 42, 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, zu prüfen, welche Begrünungsmaßnahmen auf dem Gehsteig im Kreuzungsbereich Webgasse / Liniengasse möglich sind.

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels wichtig, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen, um der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken und die Luftqualität zu verbessern.

Anhang



Marcel Flitter

Benennung von Gemeindebauten nach verdienstvollen Frauen

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Kathrin Gaál zu ersuchen, sich bei Wiener Wohnen dafür einzusetzen, eine Benennung von vier derzeit noch unbenannten Gemeindebauten im Bezirk Mariahilf nach den folgenden verdienstvollen Frauen zu prüfen und ggf. umzusetzen:

- Josefine Wessely (1860–1887)
- Marie Lang (1858–1934)
- Marietta Blau (1894–1970)
- Alice Friedmann (1897–1980)

Begründung

In Mariahilf befinden sich 38 Gemeindebauten, von denen zwölf benannt sind: Davon tragen acht die Namen von Männern und nur halb so viele – vier – die Namen von Frauen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass Frauen in der Sichtbarkeit des sozialen Wohnbaus deutlich unterrepräsentiert sind. Die Benennung von bisher unbenannten Gemeindebauten bietet eine konkrete Möglichkeit, diesem Ungleichgewicht entgegenzuwirken und für mehr Sichtbarkeit von Frauen in der Öffentlichkeit zu sorgen.

Besonders geeignet erscheinen dafür die folgenden verdienstvollen Frauen, die alle eine Verbindung zu Mariahilf haben:

Josefine Wessely (1860–1887) gilt als eine der bedeutendsten Schauspielerinnen ihrer Zeit und prägte die Wiener Theaterwelt nachhaltig. Sie lebte in der *Kaunitzgasse 11* und hat somit einen direkten Bezug zu Mariahilf. An ebendieser Adresse befindet sich heute ein bisher unbenannter Gemeindebau.

Marie Lang (1858–1934) war Sozialarbeiterin und Frauenrechtlerin. Sie setzte sich unermüdlich für die Rechte von Frauen ein und war Mitbegründerin des „Allgemeinen Österreichischen Frauenvereins“. Ihr Einsatz für soziale Fragen und Gleichberechtigung macht sie zu einer prägenden Figur der Frauenbewegung. Sie lebte in der Magdalenenstraße 12, in deren unmittelbarer Nähe – in der *Magdalenenstraße 9* – sich ein bisher unbenannter Gemeindebau befindet.

Marietta Blau (1894–1970) war eine Pionierin der Kernphysik. Als eine der ersten Frauen, die an der Universität Wien Physik und Mathematik studierten, und als Entwicklerin der fotografischen Kernspur-Emulsionsmethode steht sie für exzellente Forschung und die Öffnung der Wissenschaft für Frauen. Sie ging im Gymnasium Rahlgasse zur Schule.

Alice Friedmann (1897–1980) war Psychologin, die mit einem Kinderheim und kostenlosen Erziehungsberatungen Eltern, Lehrkräfte und Kinder unterstützte – sie leistete ein deutliches soziales Engagement im Sinne niederschwelliger, gemeinschaftsorientierter Bildung. Sie leitete das individualpsychologische Kinderheim an der Linken Wienzeile 36/10.

Alle vier genannten Frauen werden in der Publikation „Bedeutende Menschen aus Mariahilf“ des Mariahilfer Bezirksmuseums¹ porträtiert. Dies unterstreicht, dass ihre Leistungen von historischer Bedeutung sind und breit anerkannt werden.

Gertraud Reitsperger, Julian Lasser

¹ Verfügbar unter https://bezirksmuseen-wien.at/wp-content/uploads/2023/12/persoennlichkeiten_text.pdf

Pfandringe

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, KPÖ-LINKS Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 48) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Anbringung von Pfandringen an öffentlichen Mistkübeln in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Seit der Einführung des Einwegpfands am 1. Jänner 2025 haben mehrere Städte – darunter Linz, Innsbruck und Graz – begonnen, Pfandringe an öffentlichen Mistkübeln anzubringen. So können Pfandflaschen und -dosen unkompliziert abgelegt werden, dass die Restmülltonne nicht durchwühlt werden muss. In Wien hat der zuständige Stadtrat eine flächendeckende Umsetzung bislang abgelehnt, lediglich im Museumsquartier wurden im August 2025 erste Pfandringe installiert. Im Umweltausschuss sollen nun die Vor- und Nachteile dieses Systems sowie ein Probeversuch in Mariahilf diskutiert werden.

Veronika Zimmermann

Wienweite Suchthilfestrategie

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hacker zu ersuchen, detaillierte Informationen zur Wien weiten Suchthilfestrategie der Stadtregierung zu übermitteln. Ziel ist es, die im 6. Bezirk ansässige Drogenberatungsstelle *Jedmayer* sowie insbesondere das angrenzende Grätzel nachhaltig zu entlasten. Die Ergebnisse sind der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission der Bezirksvertretung zur weiteren Beratung vorzulegen.

Begründung

Im aktuellen Regierungsübereinkommen fehlt jeder Hinweis auf eine Wien weite Strategie oder klare Pläne der Stadtregierung im Umgang mit Suchterkrankungen. Diese Leerstelle ist umso problematischer, als der jüngste Tätigkeitsbericht der Suchthilfe einen deutlichen Anstieg der Inanspruchnahme dokumentiert: So wuchs allein die Zahl der jährlichen Spritzentauschkontakte im *Jedmayer* von 128.279 im Jahr 2020 auf 169.179 im Jahr 2024. Damit wird sichtbar, dass die Belastung sowohl für die Einrichtung als auch für das angrenzende Grätzel massiv zugenommen hat – ohne dass von Seiten der Stadt eine nachhaltige Entlastungsstrategie erkennbar wäre.

Gerhard Hammerer

Verbesserung der Sicherheit im Fritz-Imhoff-Park und seinen Nahbereichen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stadträte Peter Hacker und Jürgen Czernohorszky zu ersuchen, umgehend wirksame Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der (Sicherheits-) Situation im Fritz-Imhoff-Park und seiner Umgebung zu setzen.

Begründung

Wie aus Berichten der Nutzer*innen des Fritz-Imhoff-Parks, insbesondere des Spielplatzes hervorgeht - siehe auch Bericht in der BZ vom 25.08.2025 https://www.meinbezirk.at/mariahilf/c-lokales/offener-drogenkonsum-neben-kindern-im-fritz-imhoff-park_a7542053?ref=curate# - entwickelt sich der Park zunehmend zu einem "Zentrum" für Drogenkonsum, wodurch die Sicherheit insbesondere der sich dort aufhaltenden Kinder aber auch aller anderen Personen zunehmend gefährdet ist.

Es gab zu dem Problemkreis Jedmayer Grätzl in den letzten Monaten bereits zahlreiche Anträge, Anfragen, etc., die bisher gesetzten Maßnahmen haben jedoch offenbar keine nachhaltige Wirkung, zumal die Schwerpunkt-Aktionen auf ganz Wien ausgelegt sind und nicht den gewünschten nachhaltigen Effekt konkret im Fritz-Imhoff-Park zeitigen bzw. zeitigen können. Es müssen daher konkrete andere/weitere nachhaltige Maßnahmen gesetzt und das im Juni diesen Jahres beantragte Maßnahmen-Konzept Jedmayer-Grätzl umgehend ausgearbeitet werden.

Die Angelegenheit ist dringend, da die Bewohner des Grätzls (darunter viele junge Familien) massiv beeinträchtigt sind.

Maßnahmenpaket Esterházypark: Nachtschließung, Sicherheit und Sauberkeit

Die unterzeichnenden Bezirksräte der FPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 42 und MA 48) mit folgenden Maßnahmen zu befassen:

1. Unverzügliche Entfernung der dauerhaft aufgestellten Zelte bzw. Nachtlager sowie Verhinderung weiterer Aufbauten im Park.
2. Regelmäßige Kontrolle und Reinigung der betroffenen Flächen, um hygienische Missstände zu beseitigen.
3. Überprüfung einer Nachtschließung des Esterházy Parks (Zugang zum Restaurant im Haus des Meeres muss dabei natürlich erhalten bleiben).
4. Prüfung langfristiger Maßnahmen, um ähnliche Entwicklungen künftig zu verhindern und die Nutzbarkeit des Parks dauerhaft für die Bevölkerung zu gewährleisten.

Begründung:

Seit geraumer Zeit kommt es im Esterházy Park zu gravierenden Missständen. Anrainer haben bereits mehrfach Beschwerden bei den zuständigen Stellen eingebracht, bislang jedoch ohne nachhaltige Wirkung.

Konkret stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

In der Parkanlage wurden dauerhaft Zelte und Nachtlager aufgestellt. Rund um diese Zelte kommt es zu massiver Vermüllung und hygienisch untragbaren Zuständen (Notdurft in Wiesen und Gebüsch). Entgegen des geltenden Hundeverbots werden Hunde gehalten, die teils die gesamte Nacht hindurch bellen und dadurch die Nachbarschaft erheblich belasten.

KO Lukas Korp

BR Ing. Mag. Joachim Stampfer

BR Gabriela Petras

Notrufnummern in Parkanlagen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und KPÖ-LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 42) im Zusammenwirken mit der Kommission Planung, Entwicklung und Gestaltung zu ersuchen, in den Schaukästen sämtlicher Parkanlagen im 6. Bezirk die wichtigsten Notrufnummern (Feuerwehr 122, Polizei 133, Rettung 144, Euronotruf 112) sowie den QR Code für stillen Notruf deutlich sichtbar anzubringen.

Begründung

Die Wiener Parkanlagen sind stark frequentierte Aufenthaltsorte für Kinder, Jugendliche, Familien und Seniorinnen und Senioren. Im Falle eines medizinischen Notfalls, eines Brandes oder eines sicherheitsrelevanten Vorfalls ist es entscheidend, dass rasch Hilfe verständigt werden kann. Zwar sind die Notrufnummern grundsätzlich bekannt, eine gut sichtbare Information in den Schaukästen erleichtert jedoch den Zugang und trägt zur Sicherheit der Parkbesucherinnen und -besucher bei. Besonders für ältere Menschen, Touristen und Personen in Stresssituationen stellt die sofortige Verfügbarkeit dieser Angaben einen wichtigen Beitrag dar. Mit einer einfachen Maßnahme kann somit die Sicherheit im öffentlichen Raum wesentlich verbessert werden.

Gerhard Hammerer

Künstlerische Gestaltung Amonstiege

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 29) im Zusammenwirken mit der Kulturkommission zu ersuchen, eine künstlerische Gestaltung der Mauern der Amonstiege zu prüfen.

Begründung

Die Stiegenanlagen sind ein prägendes Wahrzeichen und zugleich eine wichtige Visitenkarte des 6. Bezirks, weshalb ihre Erhaltung und regelmäßige Reinigung von besonderer Bedeutung sind. Nach der umfassenden Sanierung der Amonstiege besteht jedoch die Sorge, dass die Mauern rasch wieder durch Graffiti verunstaltet werden könnten. Um dem vorzubeugen, soll die Kulturkommission Vorschläge für eine mögliche künstlerische Gestaltung erarbeiten.

Anhang



Veronika Zimmermann

Anbringen einer Erinnerungstafel für Maria Anna Fillgrader (1763–1831)

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11.09.2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Magistratsdienststellen MA 7 u.a. zu ersuchen, eine Erinnerungstafel für Maria Anna Fillgrader – eine engagierte Wohltäterin, die eine Stiftung für verarmte Bürger*innen gründete – in der Fillgradergasse anbringen zu lassen.

Begründung

Namentliche Benennungen erfolgen meistens nur mit dem Familiennamen und verweisen üblicherweise auf Männer. Es ist in der Fillgradergasse nicht zu erkennen, dass es sich hier um eine Frau handelt, an die erinnert werden soll. Um sowohl der Erinnerung an Maria Anna Fillgrader sowie deren Leistungen gerecht zu werden und bedeutende Frauen im Allgemeinen sichtbarer zu machen ist, das Anbringen einer Zusatztafel unumgänglich.

Gertraud Reitsperger

Aschenbecher Christian-Broda-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48) zu ersuchen, am Christian-Broda-Platz Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Bei einem Lokalaugenschein hat sich gezeigt, dass insbesondere bei den Sitzgelegenheiten Bedarf nach zusätzlichen Aschenbechern besteht.

Veronika Zimmermann

Senioren-Parlament

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, BV Markus Rumelhart zu ersuchen, sich für die Schaffung eines Senioren-Parlaments in Mariahilf einzusetzen.

Begründung

Senioren-Parlamente gibt es bereits in mehreren Wiener Bezirken, das erste wurde im März 2019 in der Brigittenau ins Leben gerufen. Unter dem Motto „Jetzt reden wir!“ können Senioren dort aktiv ihre Anliegen einbringen und an der Weiterentwicklung des Bezirks mitwirken. Diese Initiativen tragen zur demokratischen Teilhabe der älteren Generation bei, machen Bezirke lebensnaher und sorgen für eine aktive Mitgestaltung durch Seniorinnen und Senioren.

Veronika Zimmermann

Brigitte-Bierlein-Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 7) zu ersuchen, den Christian-Broda-Platz in Brigitte-Bierlein-Platz umzubenennen.

Begründung

Christian Broda war von 1960 bis 1966 und von 1970 bis 1983 österreichischer Justizminister – so lange wie kein anderer. Während dieser Zeit setzte er zwar wichtige liberale Reformen durch, gleichzeitig wird ihm aber vorgeworfen, dass die Aufarbeitung von NS-Verbrechen unter seiner Verantwortung unzureichend blieb. Zahlreiche Verfahren gegen NS-Täter – darunter auch Ärzte vom „Spiegelgrund“ oder andere an Kriegsverbrechen Beteiligte – endeten mit Freisprüchen oder vergleichsweise milden Strafen. Gerade deshalb ist eine kritische Neubewertung seiner Ehrung im öffentlichen Raum geboten.

Brigitte Bierlein war die erste Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs und die erste Bundeskanzlerin Österreichs, womit sie Pionierarbeit für Frauen in Spitzenfunktionen geleistet und Meilensteine für die Gleichstellung gesetzt hat. Sie hat in beiden Ämtern mit hoher juristischer Kompetenz, Integrität und Ausgleichsfähigkeit überzeugt. Gerade in politisch herausfordernden Zeiten 2019 sorgte sie als Kanzlerin für Stabilität und Verlässlichkeit. Mit ihrem Werdegang ist sie ein Vorbild für junge Frauen und für eine moderne, chancengerechte Gesellschaft. Die frühere Bundeskanzlerin war zwar keine Bewohnerin von Mariahilf, lebte jedoch in unmittelbarer Nachbarschaft des Bezirks. Die Umbenennung des Platzes nach Brigitte Bierlein, der mit keinen Adressänderungen verbunden wäre, bedeutet daher eine würdige und zeitgemäße Anerkennung ihrer außergewöhnlichen Verdienste.

Veronika Zimmermann

Notrufsäulen mit Videoüberwachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 11. September 2025 gemäß § 19 Abs.5 GO-BV den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich für die Errichtung von Notrufsäulen mit Videoüberwachung an neuralgischen Plätzen im Bezirk Mariahilf aus.

Begründung

Das Sicherheitsgefühl vieler Bewohnerinnen und Bewohner ist in den letzten Jahren spürbar gesunken. Vor allem an stark frequentierten Orten wie beispielsweise der U6-Station Gumpendorfer Straße samt Vorplatz, dem Fritz-Imhoff-Park oder Bereichen entlang der Mariahilfer Straße kommt es immer wieder zu Konfliktsituationen.

Notrufsäulen mit Videoüberwachung können in solchen Bereichen einen wichtigen Beitrag leisten: Sie wirken durch ihre sichtbare Präsenz präventiv und bieten im Ernstfall die Möglichkeit, rasch Hilfe zu verständigen. Damit tragen sie sowohl zur Verbesserung der objektiven Sicherheit als auch zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls im Bezirk bei.

Gerhard Hammerer